

Endgültige Ergebnisse der 5. Direktwahl zum Europäischen Parlament am 13. Juni 1999

Seit 1979 werden die Abgeordneten des Europäischen Parlaments in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union direkt gewählt. Neben dem Wahlsieg der CDU bei gleichzeitig rückläufigen Stimmenanteilen für die Bonner Regierungsparteien SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gehörte die niedrige Wahlbeteiligung zu den auffälligsten Ergebnissen der Europawahl 1999 in Baden-Württemberg. Noch nie zuvor haben sich bei einer landesweiten Wahl so wenige Wahlberechtigte beteiligt. Auch in den anderen Bundesländern und in den meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist die Wahlbeteiligung gegenüber 1994 merklich gesunken. Im Europäischen Parlament führte die jüngste Europawahl zu deutlichen Machtverschiebungen: Stärkste Fraktion im Straßburger Parlament wurde nach der Europawahl 1999 die „Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-Demokratische Fraktion) und Europäische Demokraten“. Die „Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas“, die aus allen bisherigen Direktwahlen zum Europäischen Parlament als stärkste politische Kraft in Straßburg hervorging, hat bei der Europawahl 1999 diese Position eingebüßt.

Das Europäische Parlament nach den Europawahlen 1999

Die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union haben ein neues Europaparlament gewählt: In der Zeit vom 10. bis zum 13. Juni 1999 fanden in den derzeit 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union die 5. Direktwahlen zum Europäischen Parlament statt. Insgesamt waren in der Europäischen Union etwa 290 Mill. Wahlberechtigte aufgerufen, die 626 neuen Europaabgeordneten zu wählen. Dabei stellten sich über 10 000 Kandidatinnen und Kandidaten auf ca. 300 Parteilisten zur Wahl. Der Frauenanteil unter den Kandidaten lag europaweit bei 30 %.

Die Zahl der Abgeordneten, die jeder Mitgliedstaat ins Europäische Parlament entsenden kann, ist abhängig von der Einwohnerzahl dieses Staates. Seit der ersten gesamtdeutschen Europawahl 1994 entsendet die Bundesrepublik Deutschland 99 Abgeordnete. Frankreich, Großbritannien und Italien kommen auf jeweils 87 Sitze. Belgien, Griechenland und Portugal haben jeweils 25 Abgeordnete im Europaparlament, Spanien 64, die Niederlande 31, Dänemark 16, Irland 15 und Luxemburg 6. Am 1. Januar 1995 sind Finnland, Schweden und Österreich der Europäischen Union beigetreten, wobei Finnland 16 Europaabgeordnete, Schweden 22 und Österreich 21 Europaparlamentarier nach Straßburg entsendet.

Obwohl der Ausgang der Europawahl 1999 in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht nur von europapolitischen, sondern auch von nationalen Gegebenheiten geprägt war, sind doch gemeinsame Trends zu beobachten: So haben bei der 5. Direktwahl zum Europäischen Parlament die Wähler in nahezu allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union gegen ihre jeweiligen Regierungen gestimmt. Damit gehören Sozialdemokraten und Sozialisten, die in 13 Ländern an der Regierung beteiligt sind, zu den Verlierern dieser Wahl. Umgekehrt konnten konservative Gruppierungen zulegen. Als Folge dieser Entwicklung haben sich mit der Europawahl 1999 die Machtverhältnisse im Straßburger Parlament verschoben (Schaubild 1): Die „Fraktion

der Sozialdemokratischen Partei Europas“, die aus allen bisherigen Direktwahlen zum Europäischen Parlament als stärkste politische Kraft in Straßburg hervorging, hat bei der Europawahl 1999 diese Position eingebüßt. Mit nur noch 180 statt bisher 215 Mandaten mußten die europäischen Sozialdemokraten eine eindeutige Wahlniederlage einstecken. Auf Platz 1 der Rangliste

der Fraktionen im Europaparlament steht nun die „Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-Demokratische Fraktion) und Europäische Demokraten“, die mit 233 Sitzen, 53 mehr als nach der Europawahl 1994, erstmals die Rolle der stärksten politischen Kraft im Europaparlament einnimmt. Zu dieser Entwicklung maßgeblich beigetragen haben die starken Verluste der Labour Party in Großbritannien und die der Sozialdemokraten in Deutschland. Gleichzeitig konnten die Konservativen im Vereinigten Königreich und die Christdemokraten in Deutschland kräftige Gewinne erzielen. Drittstärkste Gruppierung wurde die „Fraktion der Liberalen Demokraten und Reformier“ mit 50 Mandaten (+ 9 Mandate). Die „Fraktion DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament/Freie Europäische Allianz“ konnte deutliche Stimmenzuge-

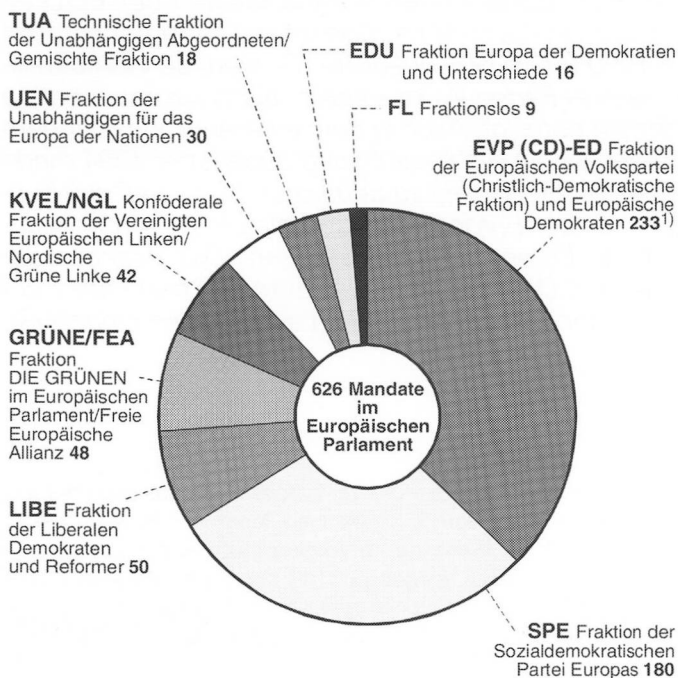
winne erzielen und wird mit 48 Abgeordneten die viertstärkste Kraft im Straßburger Parlament bilden. Durch den erstmaligen Einzug von 6 Abgeordneten der deutschen PDS in das Straßburger Parlament konnte die „Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke“ die Verluste in anderen Mitgliedstaaten kompensieren und damit ihre Position auf Platz 5 sogar ausbauen (von 33 auf 42 Sitze). Die „Fraktion der Unabhängigen für das Europa der Nationen“ konnte die Zahl ihrer Abgeordneten von 18 auf 30 erhöhen. Auf die neugegründete „Technische Fraktion der Unabhängigen Abgeordneten/Gemischte Fraktion“ entfallen 18 Mandate und auf die ebenfalls neue „Fraktion Europa der Demokratien und Unterschiede“ 16 Parlamentarier. Keiner Fraktion angeschlossen haben sich insgesamt 9 Abgeordnete.

Ein weiterer, in nahezu allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu beobachtender Trend war der Rückgang der Wahlbeteiligung. Bei der Europawahl 1999 war die Beteiligungsquote in



Die Autorin: Frau Monika Hin M.A. ist Referentin im Referat "Volkszählung, Mikrozensus, Erwerbstätigkeit, Wohnungswesen, Wahlen" des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg.

Schaubild 1
Abgeordnete des Europäischen Parlaments nach der Europawahl 1999
 Mandatsträger nach Fraktionen – Stand: 23. Juli 1999



1) Ein Abgeordneter der EVP (CD)-ED hat sein Mandat nicht angetreten. Ein Nachfolger stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Quelle: Europäisches Parlament. Informationsbüro für Deutschland.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

400 99

fast allen Mitgliedstaaten spektakulär niedrig (Schaubild 2): In Großbritannien machten beispielsweise nur 24 % der wahlberechtigten Personen von ihrem Wahlrecht Gebrauch, in den Niederlanden lag die Beteiligungsquote bei 29,9 % und in Finnland bei lediglich 30,1 %. Im europäischen Durchschnitt lag die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 1999 bei 49,9 %, das heißt, die „Partei der Nichtwähler“ ist als stärkste politische Kraft aus der Europawahl hervorgegangen. Die Bundesrepublik Deutschland weist im europäischen Vergleich mit 45,2 % eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung auf. Noch nie zuvor haben sich so wenig Menschen an einer bundesweiten Wahl beteiligt. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik war Deutschland damit bei einer bundesweiten Wahl die Zahl der Nichtwähler größer als die der Wähler aller Parteien zusammen.

Am höchsten fiel die Wahlbeteiligung in Belgien (91,0 %), Luxemburg (85,8 %) und Griechenland (75,3 %) aus, also in den Ländern, in denen Wahlpflicht besteht.

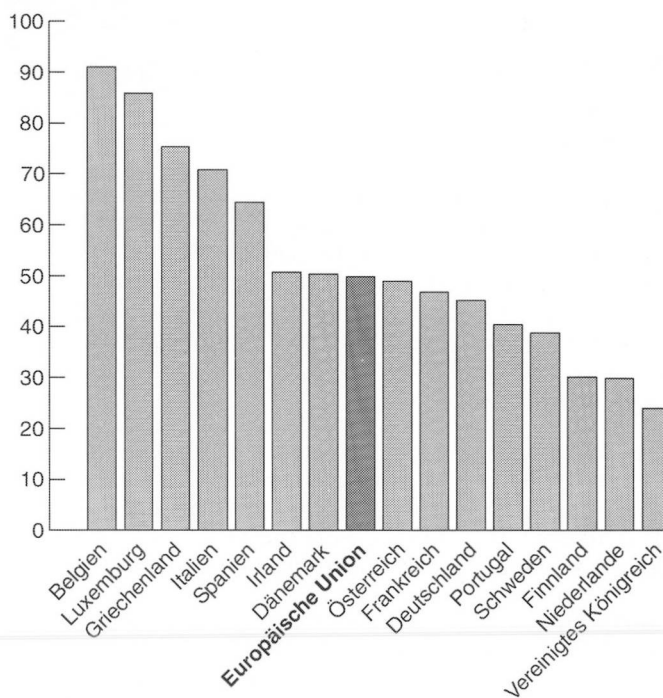
Ergebnisse der Europawahl 1999 in der Bundesrepublik Deutschland

Ebenso wie in den anderen EU-Staaten war der Wahlausgang auch in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur von europapolitischen Themen und Problemen, sondern auch von nationalen Gegebenheiten bestimmt. Da die Europawahl 1999 der erste bundesweite Urnengang nach der Bundestagswahl im vergangenen September war, wurde sie nicht zuletzt auch als ein

erster bundesweiter Stimmungstest nach der Bundestagswahl 1998 gesehen. Bei der letzten Bundestagswahl im September 1998 hatten die Unionsparteien überaus starke Verluste erlitten, während die SPD ihre Position deutlich ausbauen konnte. Erstmals seit 1972 schnitten die Sozialdemokraten bei einer Bundestagswahl wieder besser ab als die CDU. Dies führte nach 16 Jahren christlich-liberaler Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl zu einem Machtwechsel zugunsten einer rot-grünen Bundesregierung.

Vor dem Hintergrund stark umstrittener neuer Gesetze und Vorhaben, wie zum Beispiel der Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft, der Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung und der Bekämpfung der Scheinselbständigkeit, aber auch im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen zwischen den Koalitionspartnern zu wichtigen politischen Themen wie beispielsweise der Atompolitik stand die neue Bundesregierung bereits wenige Monate nach der Bundestagswahl im Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik. In den Meinungsumfragen bekamen SPD und GRÜNE zunehmend schlechtere Noten, während die Unionsparteien offensichtlich von der Unzufriedenheit mit den Regierungsparteien sowohl in den Umfragen als auch bei der Landtagswahl in Hessen im Februar dieses Jahres profitieren konnten. Im Hinblick auf die Europawahl war deshalb damit zu rechnen, daß das Votum der Bürger nicht nur von europapolitischen Themen und Problemen beeinflusst sein würde, sondern daß in ihren Ergebnissen auch die sinkende Zustimmung zur Arbeit der Bundesregierung zutage treten würde, was dann schließlich auch der Fall war. So wirkte sich bei den Sozialdemokraten und den GRÜNEN bei der Europawahl 1999 die Diskussion um die Bonner Regierungspolitik negativ aus: Die SPD erhielt lediglich 30,7 % der Stimmen; das sind 1,5 Prozentpunkte weniger als

Schaubild 2
Wahlbeteiligung in den 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union bei der 5. Direktwahl zum Europäischen Parlament am 13. Juni 1999



Quelle: Europäisches Parlament. Informationsbüro für Deutschland.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

401 99

bei der letzten Europawahl. Im Vergleich mit dem Zweitstimmenanteil bei der Bundestagswahl 1998 büßten die Sozialdemokraten sogar rund 10 Prozentpunkte ein. Auch dem Koalitionspartner der SPD, den GRÜNEN, brachte das Ergebnis der Europawahl 1999 einen deutlichen Dämpfer: Sie erhielten nur noch von 6,4 % der Wähler die Stimme. Gegenüber 1994 bedeutet dies einen Verlust von 3,7 Prozentpunkten und das zweitschlechteste Abschneiden der GRÜNEN bei den bisherigen Europawahlen seit 1979 (Schaubild 3).

Die Unionsparteien hingegen erzielten bei der 5. Direktwahl zum Europäischen Parlament einen überzeugenden Wahlsieg: Mit 48,7 % der gültigen Wählerstimmen konnten sie gegenüber der letzten Europawahl erhebliche Zugewinne (+ 9,9 Prozentpunkte) verbuchen. Im Vergleich mit der Bundestagswahl 1998 betrug der Zuwachs von CDU/CSU sogar nahezu 14 Prozentpunkte.

Eine herbe Enttäuschung war das Ergebnis der Europawahl 1999 für die F.D.P. Mit Erwartungen von bis zu 10 % ins Wahlrennen gestartet, scheiterten die Liberalen ein weiteres Mal an der 5%-Hürde. Der Stimmenanteil der Freien Demokraten von bundesweit bescheidenen 3,0 % – das sind 1,1 Prozentpunkte weniger als bei der Europawahl 1994 – bedeutet, daß auch in den nächsten fünf Jahren keine Abgeordneten der F.D.P. im Europaparlament vertreten sein werden. Auch die REPUBLIKANER haben den Einzug ins Europäische Parlament erneut verpaßt. Sie kamen bei der Europawahl 1999 nur noch auf 1,7 %; das sind 2,2 Prozentpunkte weniger als 1994. Auf sonstige Parteien entfielen insgesamt 3,7 %; das waren 2,6 Prozentpunkte weniger als 1994.

Zu den Gewinnern der 5. Direktwahl zum Europäischen Parlament kann sich, neben der CDU/CSU, auch die PDS zählen. Anders als bei der Europawahl 1994, bei der sie noch an der 5%-Hürde gescheitert war, wird sie aufgrund ihres Stimmenanteils von 5,8 % erstmals im zukünftigen Europaparlament vertreten sein.

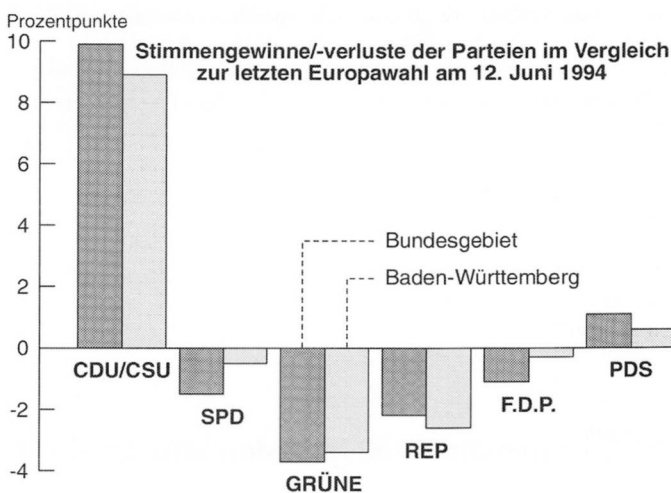
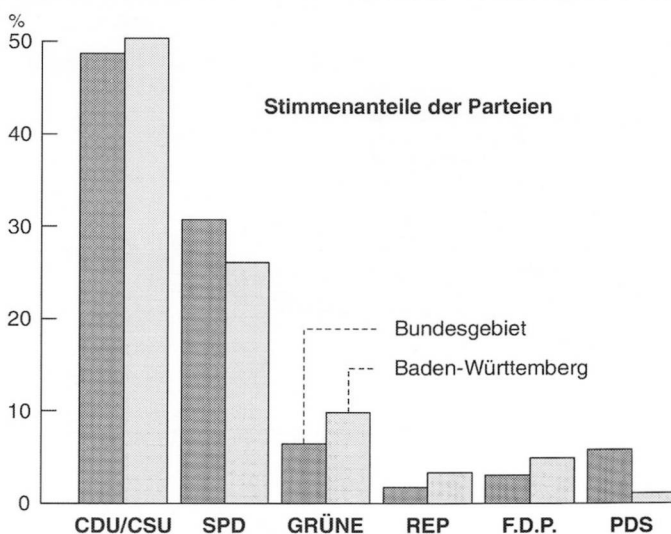
Deutsche Abgeordnete im Europaparlament

Seit der letzten Europawahl 1994 ist die Bundesrepublik Deutschland mit 99 Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten. Nach den Ergebnissen der Europawahl 1999 wird die Union 53 Abgeordnete nach Straßburg schicken (6 mehr als 1994) und die Sozialdemokraten 33 Parlamentarier (7 weniger als bei der letzten Europawahl). Auf die PDS, die 1994 noch nicht im Europäischen Parlament vertreten war, entfallen 6 Mandate. Die GRÜNEN können nur noch 7 Abgeordnete entsenden, 5 weniger als 1994. Die F.D.P. und die REPUBLIKANER werden – wie bereits nach der Europawahl 1994 – keine Abgeordneten im Europaparlament haben (Schaubild 4).

Teilnahme von Unionsbürgern an den Europawahlen in Deutschland

Seit der Ratifizierung des Vertrags von Maastricht im Jahr 1992 können die Bürger der Europäischen Union nicht nur in ihrem Heimatland das aktive und passive Wahlrecht bei Europawahlen ausüben, sondern auch in einem anderen EU-Mitgliedstaat, sofern sie dort ihren Wohnsitz haben. Diese Regelung fand bei der Europawahl 1994 erstmals Anwendung. Um an der Europawahl

Schaubild 3
Stimmenanteile der Parteien bei der 5. Direktwahl zum Europäischen Parlament am 13. Juni 1999 im Bundesgebiet und in Baden-Württemberg*)



*) Endgültige Ergebnisse.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

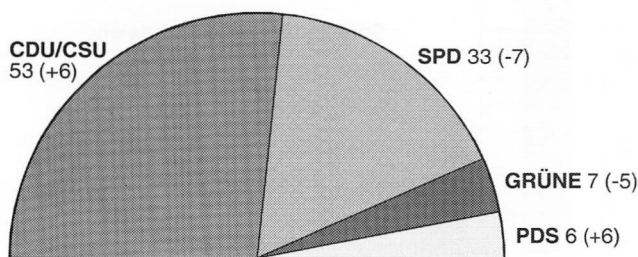
399 99

in Deutschland teilnehmen zu können, mußten sich die sogenannten Unionsbürger in das Wählerverzeichnis ihrer Wohnsitzgemeinde eintragen lassen.

Allerdings war die Resonanz der EU-Ausländer auf dieses Angebot sowohl bei der Europawahl 1994 als auch bei der Europawahl 1999 gering: So hatten sich 1994 von den bundesweit rund 1,2 Mill. potentiell wahlberechtigten Unionsbürgern nur 80 000, also knapp 7 %, in das Wählerverzeichnis eintragen lassen. In Baden-Württemberg hatte 1994 die Zahl der wahlberechtigten EU-Ausländer bei knapp 260 000 gelegen. Ein Antrag auf Aufnahme in das Wählerverzeichnis wurde damals jedoch lediglich von einer kleinen Minderheit von rund 11 000 Personen (4,4 %) gestellt. Bei der Europawahl 1999 machten sogar noch weniger Unionsbürger von dieser Möglichkeit Gebrauch: Bundesweit ließen sich nur noch 2,1 % der in Deutschland lebenden Bürger anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union in ein Wählerverzeichnis eintragen, in Baden-Württemberg lag dieser Prozentsatz sogar nur noch bei 1,5 %.

Schaubild 4

Aufteilung der 99 Sitze der Bundesrepublik Deutschland im Europäischen Parlament auf die Parteien nach den Ergebnissen der Europawahl am 13. Juni 1999*)



*) Endgültige Ergebnisse.

Anmerkung: In Klammern ist die Veränderung gegenüber 1994 ausgewiesen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

402 99

Die Gründe für die geringe und im Vergleich zur Europawahl 1994 sogar noch rückläufige Resonanz auf dieses Angebot sind nicht bekannt. Vermutlich ist, ähnlich wie bei den deutschen Wahlberechtigten, auch bei den Bürgern aus den anderen EU-Ländern das Interesse an Europawahlen nicht besonders ausgeprägt und war im Falle der jüngsten Europawahl sogar rückläufig. Außerdem besteht für diesen Personenkreis teilweise die Möglichkeit, in ihren Konsulaten oder per Briefwahl an der Europawahl in ihren Heimatländern teilzunehmen. Schließlich ist nicht auszuschließen, daß vielen Unionsbürgern die Möglichkeit der Teilnahme an der Europawahl in Deutschland noch immer nicht bekannt war.

Die Europawahl 1999 in Baden-Württemberg

Wahlbeteiligung

Ebenso wie in den meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union und im Bundesgebiet fiel auch in Baden-Württemberg die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 1999 auf ein Rekordtief: Mit einer Beteiligungsquote von nur noch 40,6 % – das waren fast 26 Prozentpunkte weniger als bei der Europawahl 1994 – war die Wahlbeteiligung im Lande dramatisch gering. Dies ist

die mit Abstand niedrigste Wahlbeteiligung, die es in Baden-Württemberg bisher bei einer Europawahl gegeben hat. Dieser Einbruch läßt sich nicht allein damit erklären, daß die Wahlbeteiligung bei der letzten Europawahl vor fünf Jahren wegen den damals gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen ausnahmsweise höher als sonst war. Vielmehr dürfte – stärker als erwartet – auch das Desinteresse oder die Skepsis der Wähler gegenüber der Institution „Europaparlament“ eine Rolle gespielt haben.

Das Abschneiden der Parteien in Baden-Württemberg

Auch die Wahlergebnisse der Parteien weisen in Baden-Württemberg im großen und ganzen dieselben Trends auf wie das Resultat im Bundesgebiet: So hat die CDU auch im Land bei der Europawahl 1999 einen überwältigenden Wahlerfolg erzielt, während die Bonner Regierungsparteien SPD und GRÜNE eine Niederlage hinnehmen mußten. Zu den Verlierern der jüngsten Europawahl zählten ferner auch die REPUBLIKANER und die Liberalen (Tabelle 1).

Die Christdemokraten sind in Baden-Württemberg mit Abstand die klaren Sieger der zweiten gesamtdeutschen Europawahl am 13. Juni 1999. Durch einen kräftigen Stimmenzuwachs von 8,9 Prozentpunkten kam die CDU auf 50,9 % der abgegebenen Stimmen. Mit dem Wahlergebnis der Europawahl 1999 hat die baden-württembergische CDU wieder den Anschluß an ihre Wahlerfolge bei den beiden ersten Europawahlen 1979 und 1984 gefunden. Nur bei der ersten Europawahl im Jahr 1979 konnte die CDU mit damals 52,3 % einen noch höheren Stimmenanteil verzeichnen. Anders als bei der Bundestagswahl im Herbst 1998, bei der der Vorsprung der Christdemokraten vor der SPD stark geschrumpft war, konnte die CDU bei der jüngsten Europawahl ihre Position als stärkste Partei im Land wieder erheblich ausbauen.

Die Sozialdemokraten erhielten bei der 5. Direktwahl zum Europäischen Parlament am 13. Juni 1999 nur noch von 26,1 % der Wähler in Baden-Württemberg die Stimme. Gegenüber der letzten Europawahl 1994 gingen der SPD damit weitere 0,5 Prozentpunkte verloren. Dies ist das schlechteste Ergebnis, das die SPD bislang bei einer Europawahl in Baden-Württemberg erhalten hat. Der SPD ist es somit nicht gelungen, verlorengegangenes politisches Terrain zurückzuerobern. Ihr Zweitstimmenergebnis der letztjährigen Bundestagswahl verfehlten die Sozialdemokraten sogar um fast 10 Prozentpunkte. Damit steht die SPD bei dieser Wahl auch in Baden-Württemberg eindeutig auf der Verliererseite. Ihren bemerkenswerten Wahlerfolg bei der letztjährigen Bundestagswahl vermochten die Sozialdemokraten bei der Europawahl nicht zu wiederholen.

Tabelle 1

Ergebnisse der Europawahlen in Baden-Württemberg seit 1979*)

Tag der Wahl	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung	Gültige Stimmen	Davon											
					CDU		SPD		GRÜNE		REP		F.D.P.		Sonstige	
					1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
10. Juni 1979	6 271,7	3 715,2	59,2	3 682,4	1 925,5	52,3	1 263,0	34,3	167,5	4,5	-	-	299,9	8,1	26,5	0,7
17. Juni 1984	6 641,1	3 203,5	48,2	3 161,2	1 609,8	50,9	863,0	27,3	319,6	10,1	-	-	224,2	7,1	144,7	4,6
18. Juni 1989	6 953,7	4 058,3	58,4	4 013,9	1 577,2	39,3	1 166,8	29,1	400,7	10,0	348,4	8,7	288,8	7,2	232,0	5,8
12. Juni 1994	7 197,5	4 782,7	66,4	4 557,7	1 912,5	42,0	1 210,5	26,6	600,4	13,2	271,0	5,9	235,2	5,2	328,1	7,2
13. Juni 1999	7 266,4	2 949,0	40,6	2 923,6	1 489,5	50,9	762,8	26,1	285,1	9,8	97,3	3,3	141,8	4,9	146,9	5,0

*) Endgültige Ergebnisse.

Wahlvorschläge zur Europawahl 1999

Bei der 5. Direktwahl zum Europäischen Parlament am 13. Juni 1999 stellten sich in Baden-Württemberg die folgenden 20 Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen zur Wahl. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands – CDU – kandidierte in allen Ländern, mit Ausnahme von Bayern, mit Landeslisten. Die übrigen 19 Parteien und politischen Vereinigungen nahmen mit gemeinsamen Listen für alle Länder an der Europawahl teil.

CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
GRÜNE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
REP	DIE REPUBLIKANER
F.D.P.	Freie Demokratische Partei
ödp	Ökologisch-Demokratische Partei
PBC	Partei Bibeltreuer Christen
APD	AUTOFAHRER- und BÜRGERINTERESSEN PARTEI DEUTSCHLANDS
GRAUE	DIE GRAUEN – Graue Panther
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
NATURGESETZ	NATURGESETZ PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN
CM	CHRISTLICHE MITTE – Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
PASS	Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen
BüSo	Bürgerrechtsbewegung Solidarität
ASP	Automobile – Steuerzahler – Partei
ZENTRUM	Deutsche Zentrumspartei
DIE FRAUEN	Feministische Partei DIE FRAUEN
HP	Humanistische Partei
Die Tierschutzpartei	Mensch Umwelt Tierschutz

Für die in Baden-Württemberg erfolgsverwöhnten GRÜNEN war die 5. Direktwahl zum Europäischen Parlament ein deutlicher Rückschlag im Vergleich zu den vorangegangenen Europawahlen: Mit einem Stimmenanteil von lediglich 9,8 % machte nur noch jeder 10. Wähler im Land sein Kreuz bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenüber der letzten Europawahl haben die GRÜNEN 3,4 Prozentpunkte verloren. Damit erlebten die GRÜNEN erstmals bei einer Europawahl in Baden-Württemberg einen deutlichen Stimmeneinbruch. Dennoch konnten sich die GRÜNEN mit diesem Ergebnis als dritte politische Kraft in Baden-Württemberg behaupten.

Ebenso wie SPD und GRÜNE standen auch die Liberalen und die REPUBLIKANER auf der Verliererseite. Nur noch 4,9 % der Wähler gaben der F.D.P. ihre Stimmen (– 0,3 Prozentpunkte): So schlecht haben die Liberalen noch nie bei einer Europawahl in ihrem „Stammland“ Baden-Württemberg abgeschnitten. Deutlich stärker waren die Verluste der REPUBLIKANER: Sie kamen lediglich auf 3,3 %. Gegenüber der letzten Europawahl verloren sie weitere 2,6 Prozentpunkte. Die PDS erzielte einen Stimmenanteil von 1,1 %; das waren immerhin 0,6 Prozentpunkte mehr als 1994.

Bei der 5. Direktwahl zum Europäischen Parlament kandidierten in Baden-Württemberg insgesamt 20 Parteien, vier weniger als bei der Europawahl 1994. Neben den fünf im Landtag von Baden-Württemberg vertretenen Parteien und der PDS haben sich bei der Europawahl 1999 weitere 14 Parteien und politische Ver-

einigungen um den Einzug in das Europaparlament beworben. Auf diese 14 sonstigen Parteien entfielen insgesamt 3,9 % der abgegebenen gültigen Wählerstimmen. Gegenüber der letzten Europawahl vor fünf Jahren reduzierte sich der Stimmenanteil der sonstigen Parteien um 2,8 Prozentpunkte. Damit war der auf die sonstigen Parteien entfallende Stimmenanteil zum ersten Mal, seitdem Direktwahlen zum Europäischen Parlament abgehalten werden, rückläufig. Diese Entwicklung und die gegenüber 1994 geringere Zahl an kandidierenden Parteien deuten darauf hin, daß sich die bei zahlreichen Wahlen der letzten Jahre zu beobachtende Pluralisierung des Parteienspektrums bei der Europawahl 1999 nicht fortgesetzt hat.

Eine weitere Auffälligkeit des Wahlergebnisses der 5. Direktwahl zum Europäischen Parlament ist der rückläufige Stimmenanteil für die Parteien des rechten Spektrums. Bei der Europawahl 1999 kandidierte in Baden-Württemberg neben den REPUBLIKANERN noch eine weitere Partei des rechten Spektrums, die NPD. Die DVU war – anders als bei der Bundestagswahl 1998 – nicht zur Wahl angetreten. Rechnet man die Stimmenanteile von REPUBLIKANERN und NPD zusammen, so wird deutlich, daß sich bei der Europawahl 1999 insgesamt 3,6 % der baden-württembergischen Wähler für eine Rechtspartei entschieden haben. Gegenüber der letzten Europawahl – damals gaben insgesamt 6,2 % der Baden-Württemberger ihre Stimme den REPUBLIKANERN und der NPD – hat sich der Stimmenanteil der rechten Parteien nahezu halbiert. Die Parteien des rechten Spektrums sind demnach eindeutig geschwächt aus der Europawahl 1999 hervorgegangen.

Abgeordnete aus Baden-Württemberg im Europaparlament

Unter den 99 neugewählten deutschen Europaabgeordneten haben insgesamt 9 Kandidaten ihren Wohnsitz in Baden-Württemberg. Davon kommen 6 von der CDU, 2 Kandidaten von der SPD und einer von den GRÜNEN. Sowohl die baden-württembergische CDU als auch die SPD haben, im Vergleich zur Europawahl 1994, im neugewählten Europaparlament einen Abgeordneten weniger, und das, obwohl die CDU gegenüber 1994 deutliche Stimmengewinne hatte. Damit kann Baden-Württemberg für die nächsten fünf Jahre nur noch 9 statt wie bisher 11 Abgeordnete nach Straßburg entsenden. Diese Entwicklung ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß mit der PDS eine Partei mehr als 1994 im Europaparlament vertreten ist und die 99 deutschen Mandate nun unter 5 statt bisher unter 4 Parteien aufgeteilt werden. Außerdem war die Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg im Vergleich zu den anderen Bundesländern relativ niedrig, was sich ebenfalls negativ auf die Zahl der baden-württembergischen Abgeordneten ausgewirkt haben dürfte.

Exkurs: Wahlverhalten der wahlberechtigten Bevölkerung Baden-Württembergs

Bei der Interpretation von Wahlergebnissen darf nicht vergessen werden, daß Wählerwanderungen nicht nur zwischen den einzelnen Parteien stattfinden, sondern auch zwischen dem Lager der Wähler und dem der Nichtwähler. Gerade wenn sich – wie bei der jüngsten Europawahl geschehen – die Wahlbeteiligung stark verändert hat, kann eine Betrachtung des Wahlverhaltens der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung wichtige ergänzende Informationen über das Ausmaß der Stimmungsumschwünge in der wahlberechtigten Bevölkerung liefern.

Bei der Europawahl 1999 gaben rund 38 % der baden-württembergischen Wahlberechtigten ihre Stimme einer der fünf im Land

tag vertretenen Parteien, weitere 2 % stimmten für sonstige Parteien und 0,3 % der Wahlberechtigten gaben ungültige Stimmzettel ab. Die große Mehrheit der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg, nämlich nahezu 60 %, ist der Wahl fern geblieben. Im Vergleich zu 1994 hat sich damit die „Partei der Nichtwähler“ anteilmäßig nahezu verdoppelt (Schaubild 5).

Die bei der Europawahl 1999 stark gesunkene Zahl der Wähler ging einher mit rückläufigen Stimmzahlen für alle im Landtag vertretenen Parteien. Dies gilt auch für die Siegerin der 5. Direktwahlen zum Europäischen Parlament, die CDU: Obwohl sie – bezogen auf die Zahl der gültigen Stimmen – einen erheblichen Zuwachs erzielte, hat sie dennoch, gemessen an der Gesamtzahl der zur Wahl aufgerufenen Wahlberechtigten, an Rückhalt verloren. Bei der Europawahl 1994 gaben 26,6 % der wahlberechtigten Bürger in Baden-Württemberg ihre Stimme der CDU, 1999 nur noch 20,5 %. Noch wesentlich stärker als die Christdemokraten haben die anderen im Landtag vertretenen Parteien Wähler verloren: Die SPD erhielt bei der 5. Direktwahl zum Europäischen Parlament nur noch von jedem 10. Wahlberechtigten die Stimme, 1994 waren es immerhin noch knapp 17 % gewesen. Der Anteil der GRÜNEN-Wähler unter den Wahlberechtigten hat sich von 8,3 % auf 3,9 % mehr als halbiert. Der Rückhalt der Liberalen unter den Wahlberechtigten sank von 3,3 % auf 2,0 %, und der der REPUBLIKANER ist um fast zwei Drittel von 3,8 % auf 1,3 % zurückgegangen.

Diese Zahlen machen folgendes deutlich: Bezieht man in die Betrachtung nicht nur diejenigen ein, die wählen gegangen sind, sondern die gesamte wahlberechtigte Bevölkerung, so haben bei der Europawahl 1999 alle im Landtag vertretenen Parteien – auch die Christdemokraten – Wähler verloren, wobei die gro-

ße Masse der Wahlberechtigten sich nicht für andere Parteien entschieden haben, sondern ins Lager der Nichtwähler gewechselt sind. In einer Demokratie, die von der Beteiligung der Bürger lebt, ist eine solche Entwicklung immer ein Warnzeichen. Die stark angewachsene Wahlmüdigkeit der Bürger offenbart nicht nur Kritik und Distanz an der Institution „Europaparlament“, sondern auch an der Politik auf nationaler Ebene, wobei zwar in erster Linie die Parteien der Bonner Koalition, aber auch die Oppositionspartei CDU betroffen ist.

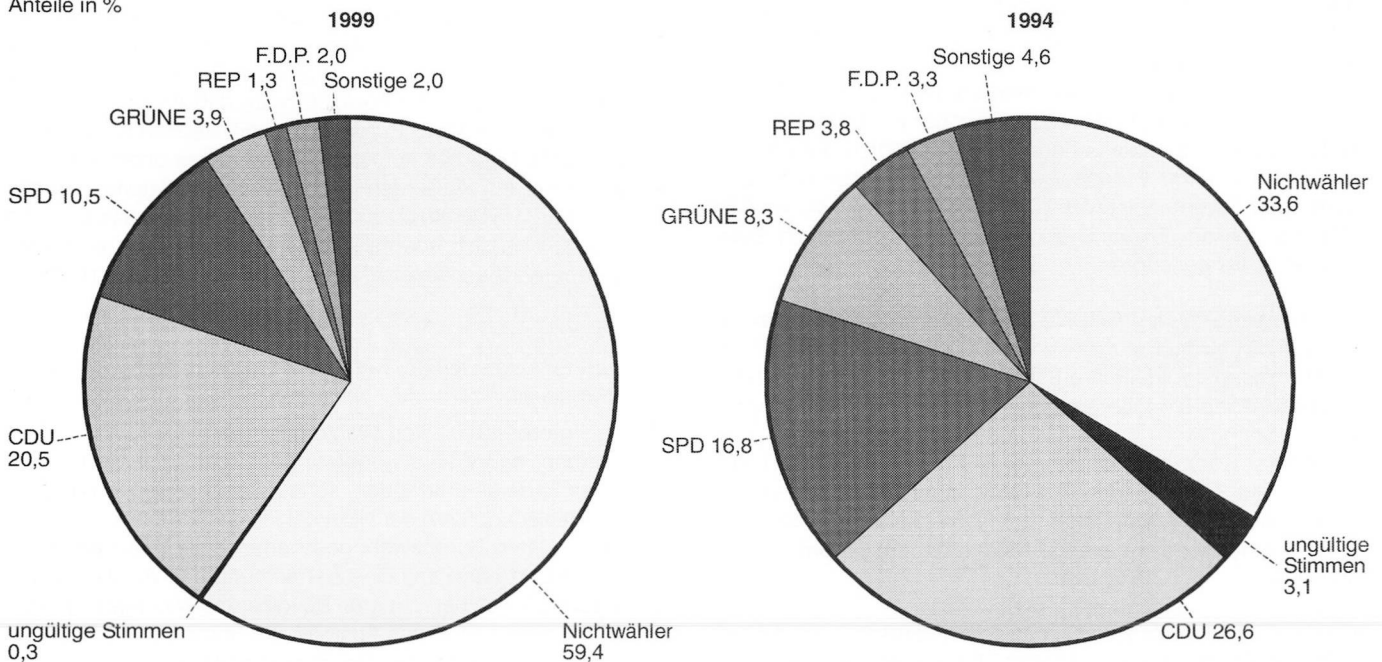
Regionale Besonderheiten des Wahlergebnisses in Baden-Württemberg

Hochburgen und Diasporagebiete der Parteien

Obwohl sich die politischen Gewichte bei der Europawahl 1999 deutlich verschoben haben, hat sich an der regionalen Verteilung der Hochburgen und Diasporagebiete der Parteien nur wenig verändert: Wie bei allen bisherigen Direktwahlen zum Europäischen Parlament erzielte die baden-württembergische CDU auch bei der jüngsten Europawahl 1999 in den im Südosten des Landes gelegenen Landkreisen Biberach, Sigmaringen, Tuttlingen und Ravensburg, darüber hinaus auch im Alb-Donau-Kreis und im Main-Tauber-Kreis, ihre besten Ergebnisse. Neu hinzugekommen zu den Hochburgen der CDU – das heißt zu den sieben Kreisen mit den höchsten CDU-Anteilen – ist bei der Europawahl 1999 der Neckar-Odenwald-Kreis, in dem die CDU jedoch auch früher schon relativ hohe Stimmenanteile erzielen konnte. Bemerkenswert ist auch: Erstmals seit 1984 kam die baden-württembergische CDU bei der jüngsten Europawahl wieder in einzelnen Kreisen auf Stimmenanteile von über 60 %, so in Biberach, in Sigmaringen und im Main-Tauber-Kreis (Tabelle 2).

Schaubild 5
Wahlverhalten der wahlberechtigten Bevölkerung bei den Europawahlen 1999 und 1994 in Baden-Württemberg*)

Anteile in %



*) Endgültige Ergebnisse.

Tabelle 2

Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien bei der Europawahl 1999 in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs^{*)}

Lfd. Nr.	Stadt- und Landkreis	Wahlbeteiligung	Stimmenanteile					
			CDU	SPD	GRÜNE	REP	F.D.P.	Sonstige
%								
1	111 Stuttgart	46,4	42,9	27,6	14,3	3,6	6,2	5,3
2	115 Böblingen	43,2	51,0	25,3	9,9	3,6	5,6	4,7
3	116 Esslingen	43,8	49,0	26,4	10,2	4,5	5,4	4,5
4	117 Göppingen	37,2	49,3	28,2	8,3	4,6	5,0	4,7
5	118 Ludwigsburg	42,8	47,6	27,0	9,7	5,1	5,5	5,0
6	119 Rems-Murr-Kreis	39,8	48,2	25,7	9,6	4,8	5,9	5,8
7	121 Heilbronn (Stadtkreis)	41,1	45,8	32,4	6,8	6,7	4,1	4,3
8	125 Heilbronn (Landkreis)	39,8	49,8	28,8	6,6	5,1	4,9	4,8
9	126 Hohenlohekreis	40,9	52,4	25,3	6,8	4,9	6,0	4,6
10	127 Schwäbisch Hall	37,6	46,9	28,2	8,4	4,9	5,7	5,9
11	128 Main-Tauber-Kreis	43,6	61,6	21,2	5,3	3,5	3,4	5,1
12	135 Heidenheim	39,7	47,4	31,3	7,0	5,6	3,6	5,1
13	136 Ostalbkreis	38,7	55,8	25,6	7,3	3,8	3,5	4,0
14	211 Baden-Baden	39,9	54,8	22,4	9,2	2,7	6,1	4,8
15	212 Karlsruhe (Stadtkreis)	40,7	44,5	29,1	12,8	1,9	5,9	5,8
16	215 Karlsruhe (Landkreis)	41,5	54,2	26,9	7,3	2,6	4,1	4,9
17	216 Rastatt	36,3	57,6	25,5	6,7	2,4	3,5	4,2
18	221 Heidelberg	45,1	41,4	25,4	20,5	1,1	5,7	5,8
19	222 Mannheim	39,8	44,3	34,6	9,0	2,7	3,7	5,7
20	225 Neckar-Odenwald-Kreis	39,6	59,5	25,3	5,2	2,6	2,9	4,4
21	226 Rhein-Neckar-Kreis	44,2	51,0	29,6	8,3	2,2	4,4	4,4
22	231 Pforzheim	36,8	53,7	26,0	6,8	3,3	5,2	5,0
23	235 Calw	38,6	54,2	23,8	8,0	3,4	5,1	5,6
24	236 Enzkreis	39,4	49,1	28,3	7,8	3,9	5,0	5,9
25	237 Freudenstadt	37,0	56,6	23,5	6,6	3,5	4,9	5,0
26	311 Freiburg im Breisgau	40,9	36,8	24,4	25,8	1,5	4,1	7,4
27	315 Breisgau-Hochschwarzwald	40,2	51,1	24,4	13,1	1,6	4,6	5,2
28	316 Emmendingen	36,2	47,1	29,8	11,5	2,0	4,0	5,5
29	317 Ortenaukreis	36,3	57,2	25,3	7,9	2,1	3,5	4,0
30	325 Rottweil	37,8	57,4	23,2	6,2	3,3	4,2	5,7
31	326 Schwarzwald-Baar-Kreis	38,1	55,1	24,7	7,8	2,5	4,8	5,1
32	327 Tuttlingen	40,3	59,5	22,3	6,1	2,9	5,1	4,1
33	335 Konstanz	38,1	49,8	25,4	12,6	2,0	5,2	4,9
34	336 Lörrach	36,7	45,5	31,1	11,2	2,2	4,2	5,8
35	337 Waldshut	37,0	55,0	24,1	8,9	2,4	4,1	5,4
36	415 Reutlingen	40,9	48,0	23,9	10,1	3,2	10,2	4,6
37	416 Tübingen	42,8	41,0	24,6	19,3	3,3	5,7	6,0
38	417 Zollernalbkreis	34,3	56,3	23,9	6,4	4,1	5,0	4,3
39	421 Ulm	43,6	46,4	29,2	12,2	2,6	4,5	5,2
40	425 Alb-Donau-Kreis	42,8	59,7	22,4	7,2	2,7	3,7	4,3
41	426 Biberach	43,7	64,1	16,6	6,9	5,2	2,9	4,3
42	435 Bodenseekreis	41,8	53,8	23,5	10,2	2,6	4,4	5,4
43	436 Ravensburg	41,3	59,0	19,5	9,6	2,8	3,2	5,8
44	437 Sigmaringen	40,5	63,5	18,6	6,4	3,4	3,7	4,3
	Land Baden-Württemberg	40,6	50,9	26,1	9,8	3,3	4,9	5,0

*) Endgültige Ergebnisse.

Tabelle 3

Veränderung der Wahlbeteiligung und der Stimmenanteile der Parteien bei der Europawahl 1999 gegenüber 1994 in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs^{*)}

Lfd. Nr.	Stadt- und Landkreis	Veränderung der Wahlbeteiligung	Veränderung der Stimmenanteile					
			CDU	SPD	GRÜNE	REP	F.D.P.	Sonstige
Prozentpunkte								
1	111 Stuttgart	- 18,1	+ 7,6	+ 1,0	- 3,2	- 3,5	- 0,4	- 1,6
2	115 Böblingen	- 24,9	+ 10,4	+ 0,8	- 5,6	- 2,5	- 0,2	- 2,8
3	116 Esslingen	- 24,8	+ 9,3	+ 0,1	- 3,9	- 2,9	- 0,2	- 2,5
4	117 Göppingen	- 28,6	+ 9,8	- 1,0	- 2,9	- 2,6	- 0,5	- 2,6
5	118 Ludwigsburg	- 25,6	+ 9,2	+ 0,2	- 4,8	- 2,1	- 0,1	- 2,5
6	119 Rems-Murr-Kreis	- 25,4	+ 10,1	- 0,3	- 2,9	- 3,0	- 1,0	- 2,9
7	121 Heilbronn (Stadtkreis)	- 21,6	+ 10,6	-	- 4,3	- 3,1	- 1,1	- 2,0
8	125 Heilbronn (Landkreis)	- 29,2	+ 11,5	- 0,6	- 4,5	- 3,1	- 0,7	- 2,5
9	126 Hohenlohekreis	- 26,0	+ 9,8	+ 0,2	- 4,9	- 2,2	- 0,2	- 2,7
10	127 Schwäbisch Hall	- 26,5	+ 4,8	+ 0,6	- 3,2	- 0,5	+ 0,1	- 1,9
11	128 Main-Tauber-Kreis	- 28,1	+ 11,6	- 1,8	- 4,2	- 3,2	- 0,4	- 2,0
12	135 Heidenheim	- 26,6	+ 9,7	- 0,1	- 4,5	- 3,9	+ 0,1	- 1,3
13	136 Ostalbkreis	- 28,3	+ 9,4	- 1,9	- 3,7	- 1,9	- 0,4	- 1,5
14	211 Baden-Baden	- 22,2	+ 10,0	- 0,6	- 4,5	- 1,5	- 1,1	- 2,3
15	212 Karlsruhe (Stadtkreis)	- 15,6	+ 7,3	- 2,4	- 2,9	- 1,9	+ 0,5	- 0,6
16	215 Karlsruhe (Landkreis)	- 27,0	+ 9,5	- 1,3	- 3,9	- 3,0	-	- 1,2
17	216 Rastatt	- 30,4	+ 9,7	- 1,2	- 3,6	- 3,2	- 0,6	- 1,3
18	221 Heidelberg	- 21,5	+ 6,8	- 1,6	- 1,4	- 3,0	+ 0,3	- 1,2
19	222 Mannheim	- 18,7	+ 9,8	- 1,4	- 4,0	- 3,8	+ 0,1	- 0,6
20	225 Neckar-Odenwald-Kreis	- 31,3	+ 12,0	- 1,5	- 3,3	- 2,9	- 0,6	- 3,9
21	226 Rhein-Neckar-Kreis	- 26,3	+ 10,2	- 1,5	- 4,2	- 2,7	- 0,4	- 1,5
22	231 Pforzheim	- 20,2	+ 13,3	- 0,3	- 4,2	- 6,0	- 0,3	- 2,6
23	235 Calw	- 28,9	+ 10,0	+ 0,5	- 3,3	- 3,7	- 0,3	- 3,0
24	236 Enzkreis	- 28,2	+ 11,7	- 0,3	- 4,7	- 4,4	- 0,5	- 1,8
25	237 Freudenstadt	- 29,2	+ 9,5	- 1,0	- 2,8	- 2,7	-	- 2,9
26	311 Freiburg im Breisgau	- 22,9	+ 6,7	- 0,4	- 3,2	- 2,1	- 0,6	- 0,4
27	315 Breisgau-Hochschwarzwald	- 29,7	+ 8,7	+ 0,1	- 3,8	- 2,1	- 1,5	- 1,4
28	316 Emmendingen	- 31,8	+ 7,0	+ 0,2	- 3,9	- 1,8	- 1,1	- 0,6
29	317 Ortenaukreis	- 29,7	+ 10,3	- 1,2	- 3,7	- 2,2	- 0,7	- 2,4
30	325 Rottweil	- 29,0	+ 9,5	- 0,8	- 1,9	- 2,2	- 0,6	- 4,0
31	326 Schwarzwald-Baar-Kreis	- 24,7	+ 10,0	- 0,9	- 4,1	- 1,9	- 1,4	- 1,7
32	327 Tuttlingen	- 30,1	+ 10,0	- 0,3	- 4,0	- 2,5	- 0,6	- 2,6
33	335 Konstanz	- 24,3	+ 6,5	-	- 2,5	- 1,6	- 0,7	- 1,8
34	336 Lörrach	- 25,4	+ 7,9	- 0,6	- 2,9	- 1,9	- 1,3	- 1,2
35	337 Waldshut	- 29,0	+ 7,5	- 0,1	- 3,1	- 1,5	- 1,0	- 2,1
36	415 Reutlingen	- 26,6	+ 6,3	- 1,1	- 2,7	- 3,3	+ 4,4	- 3,5
37	416 Tübingen	- 26,9	+ 5,4	- 1,4	-	- 2,0	-	- 2,1
38	417 Zollernalbkreis	- 29,3	+ 9,1	- 1,4	- 2,7	- 1,9	- 0,3	- 2,9
39	421 Ulm	- 21,2	+ 9,3	- 0,9	- 2,2	- 3,2	- 0,9	- 1,9
40	425 Alb-Donau-Kreis	- 30,3	+ 10,4	- 1,3	- 2,8	- 3,2	- 0,5	- 2,5
41	426 Biberach	- 27,4	+ 8,0	- 0,1	- 2,7	- 1,3	- 0,2	- 3,7
42	435 Bodenseekreis	- 25,2	+ 7,7	+ 1,9	- 3,0	- 1,9	- 1,0	- 3,7
43	436 Ravensburg	- 25,4	+ 9,6	+ 0,7	- 1,7	- 2,6	- 0,7	- 5,4
44	437 Sigmaringen	- 29,9	+ 7,8	+ 0,4	- 3,5	- 2,1	- 0,1	- 2,6
	Land Baden-Württemberg	- 25,8	+ 8,9	- 0,5	- 3,4	- 2,6	- 0,3	- 2,2

*) Endgültige Ergebnisse.

Den geringsten Rückhalt in der Wählerschaft hatte die CDU bei der Europawahl 1999 in den Hochschulstandorten Baden-Württembergs, in den Kreisen Freiburg im Breisgau, Tübingen, Heidelberg, Stuttgart, Mannheim und dem Stadtkreis Karlsruhe. Ferner zählte nach der jüngsten Europawahl auch der Landkreis Lörrach zu den CDU-Diasporagebieten, das heißt zu den sieben Stadt- und Landkreisen mit den schlechtesten CDU-Ergebnissen. In allen diesen Kreisen lag der CDU-Stimmenanteil bei unter 46 %.

Bei den sozialdemokratischen Dauer-Hochburgen handelt es sich um die im Norden des Landes gelegenen Stadtkreise Mannheim und Heilbronn sowie um den Rhein-Neckar-Kreis. Aber auch in Heidenheim, Ulm und Lörrach erzielte die SPD bei allen bisherigen Europawahlen Spitzenergebnisse. Neu auf der Liste der sieben SPD-Hochburgen war bei der Europawahl 1999 der südbadische Landkreis Emmendingen. Bei den Diasporagebieten der Sozialdemokraten handelt es sich im wesentlichen um die traditionellen Hochburgen der CDU. Bei der Europawahl 1999 lag die SPD in allen Kreisen Baden-Württembergs deutlich unter der 40%-Marke, lediglich in vier Kreisen erzielte sie Ergebnisse von mehr als 30 %, wobei sie in Mannheim mit 34,6 % der gültigen Stimmen am besten abschnitt. In drei Kreisen mußte die SPD Ergebnisse von unter 20 % hinnehmen.

Die GRÜNEN waren bislang bei fast jeder Direktwahl zum Europäischen Parlament in den Universitätsstandorten Freiburg, Heidelberg, Tübingen, Karlsruhe und Stuttgart sowie im südbadischen Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald am erfolgreichsten. Im Stadtkreis Freiburg gelang es den GRÜNEN sogar, mehr als ein Viertel der Wähler hinter sich zu bringen. Damit waren sie in Freiburg sogar erfolgreicher als die Sozialdemokraten, die hier um 1,4 Prozentpunkte hinter den GRÜNEN lagen. Bei den Diasporagebieten der GRÜNEN handelt es sich zum überwiegenden Teil um Kreise, in denen die Christdemokraten stark waren.

Die REPUBLIKANER, die 1989 erstmals bei einer Europawahl kandidiert hatten, haben seither immer im Stadt- und im Landkreis Heilbronn sowie in Heidenheim die meisten Wähler hinter sich bringen können. Im Enzkreis und in Pforzheim, wo die REPUBLIKANER bei den Europawahlen 1989 und 1994 noch Spitzenergebnisse erzielt hatten, haben sie bei der jüngsten Europawahl so viele Wähler verloren, daß diese Kreise 1999 nicht mehr zu den Hochburg-Kreisen der REPUBLIKANER zählten. Bei allen Europawahlen seit 1989 am schwächsten waren die REPUBLIKANER im badischen Landesteil, und zwar in den Kreisen Freiburg, Breisgau-Hochschwarzwald und in Heidelberg.

Die Liberalen fanden bei allen bisherigen Direktwahlen zum Europäischen Parlament konstanten Rückhalt unter der Wählerschaft der Landeshauptstadt Stuttgart, im Hohenlohekreis, im Rems-Murr-Kreis und seit der Europawahl 1989 auch in Baden-Baden. Ihr mit großem Abstand bestes Ergebnis erzielten die Liberalen bei der Europawahl 1999 im Landkreis Reutlingen, dem Wohnsitzkreis des F.D.P.-Spitzenkandidaten *Dr. Helmut Haussmann*. In den Landkreisen Biberach und im Neckar-Odenwald-Kreis hingegen haben die Freien Demokraten bei allen bisherigen Europawahlen mit am schlechtesten abgeschnitten.

Gewinne und Verluste der Parteien

Die baden-württembergische CDU konnte bei der Europawahl 1999 in allen Stadt- und Landkreisen im Land Gewinne bei den Stimmenanteilen verbuchen (Tabelle 3). In 29 der 44 Kreise lagen die Zunahmen über dem Landesdurchschnitt von 8,9 Pro-

zentpunkten. Wie die regionale Betrachtung zeigt, basiert der Wahlerfolg der Christdemokraten offensichtlich auf zwei Entwicklungen: Einerseits gelang es der CDU bei der Europawahl 1999, ihre traditionellen Hochburgen gegenüber der letzten Europawahl 1994 stark auszubauen – in fast allen ihren Hochburg-Kreisen erzielte die CDU überdurchschnittliche Stimmengewinne. Andererseits scheint es der CDU gelungen zu sein, den REPUBLIKANERN Wähler abspenstig zu machen. So konnte die CDU in den ehemaligen REPUBLIKANER-Hochburgen Pforzheim (+ 13,3 Prozentpunkte) und Enzkreis (+ 11,7 Prozentpunkte), im Stadtkreis Heilbronn (+ 10,6 Prozentpunkte) sowie im Landkreis Heilbronn (+ 11,5 Prozentpunkte), wo die REPUBLIKANER auch bei der jüngsten Europawahl noch sehr gut abschnitten, mit die höchsten Zunahmen verbuchen.

Die SPD hat bei der jüngsten Europawahl in 30 der 44 baden-württembergischen Stadt- und Landkreise an Rückhalt in der Wählerschaft verloren. In zwei Kreisen blieb ihr Stimmenanteil gegenüber 1994 unverändert, in zwölf Kreisen konnte sie Zugewinne verbuchen, wobei sie im Bodenseekreis (+ 1,9 Prozentpunkte) und in der Landeshauptstadt Stuttgart (+ 1,0 Prozentpunkte) die höchsten Zugewinne erzielen konnte. Den stärksten Stimmenrückgang hatte die SPD im Stadtkreis Karlsruhe (– 2,4 Prozentpunkte) zu verzeichnen. Im Gegensatz zur CDU, die ihre Position in ihren Hochburgen deutlich stärken konnte, mußten die Sozialdemokraten bei der Europawahl 1999 in einigen ihrer Hochburgen Verluste hinnehmen.

Im Vergleich zur letzten Europawahl 1994 haben die GRÜNEN in nahezu allen Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs Wählerstimmen verloren. Lediglich in ihrer Hochburg Tübingen konnten die GRÜNEN ihren Stimmenanteil halten. Besonders hoch waren die Einbußen in Böblingen (– 5,6 Prozentpunkte), dem Hohenlohekreis (– 4,9 Prozentpunkte) und in Ludwigsburg (– 4,8 Prozentpunkte). Anders als der SPD gelang es den GRÜNEN, die Verluste in ihren Hochburgen vergleichsweise gering zu halten. So lagen die Stimmenrückgänge in den GRÜNEN-Hochburgen mit 2,7 Prozentpunkten unter dem Landesdurchschnitt von 3,4 Prozentpunkten.

Die REPUBLIKANER mußten bei der Europawahl 1999 in allen Kreisen Stimmenrückgänge hinnehmen. Auffällig ist jedoch, daß die höchsten Verluste in ihren einstigen Hochburgen Pforzheim (– 6,0 Prozentpunkte) und Enzkreis (– 4,4 Prozentpunkte) zu beobachten waren. Auch in Heidenheim erzielten die REPUBLIKANER zwar ein Spitzenergebnis, mußten andererseits aber auch starke Verluste (– 3,9 Prozentpunkte) hinnehmen. Von diesen Verlusten der REPUBLIKANER könnte die CDU profitiert haben, die in den genannten Kreisen mit die höchsten Stimmengewinne verbuchen konnte.

Die F.D.P. erzielte im Kreis Reutlingen, wo – wie bereits erwähnt – der F.D.P.-Spitzenkandidat *Dr. Helmut Haussmann* seinen Wohnsitz hat, einen herausragenden Stimmenzuwachs von 4,4 Prozentpunkten. In weiteren acht Kreisen konnte die F.D.P. ihr Ergebnis leicht verbessern bzw. konstant halten. In allen übrigen Stadt- und Landkreisen verzeichneten die Freien Demokraten Verluste bis maximal 1,5 Prozentpunkte. Dabei zeigt die Entwicklung bei der F.D.P. Parallelen zu der der REPUBLIKANER. Ähnlich wie die REPUBLIKANER hatte auch die F.D.P. in einigen früheren Hochburgen die höchsten Stimmenrückgänge zu verzeichnen. So waren in den beiden Landkreisen Breisgau-Hochschwarzwald (– 1,5 Prozentpunkte) und Schwarzwald-Baar-Kreis (– 1,4 Prozentpunkte), die bei der Europawahl 1994 noch zu den Hochburgen der Freien Demokraten gezählt hatten, bei der jüngsten Europawahl die höchsten Verluste zu beobachten.

Tabelle 4

Stimmenanteile der Parteien und Wahlbeteiligung in Stadt- und Landkreisen unterschiedlicher Sozialstruktur bei der Europawahl 1999 in Baden-Württemberg^{*)}

Stadt- und Landkreise mit ...	Stimmenanteile der Parteien 1999						Wahlbeteiligung 1999
	CDU	SPD	GRÜNE	REP	F.D.P.	Sonstige	
	%						
hoher Bevölkerungsdichte	43,4	28,7	14,1	2,9	5,2	5,7	42,5
niedriger Bevölkerungsdichte	58,5	22,3	6,7	3,9	4,0	4,7	41,2
hohem Katholikenanteil	58,4	22,2	8,2	2,9	3,6	4,7	39,1
hohem Protestantenanteil	49,3	26,4	8,4	4,4	6,3	5,3	39,7
hoher Arbeitslosenquote	43,8	29,0	13,4	3,0	5,2	5,6	42,3
niedriger Arbeitslosenquote	54,9	23,0	9,4	3,5	4,4	4,9	41,8
hohem Akademikeranteil	43,7	26,6	15,9	2,7	5,5	5,8	43,4
niedrigem Akademikeranteil	56,1	24,8	7,1	3,3	4,2	4,5	38,1
hohem Anteil Beschäftigter im							
Produzierenden Gewerbe	55,3	25,6	7,0	3,6	4,1	4,5	38,6
Dienstleistungsgewerbe	42,7	26,8	16,4	2,7	5,6	5,8	43,5
hoher Kaufkraft	47,8	26,4	10,8	4,2	5,7	5,0	43,0
niedriger Kaufkraft	46,4	27,0	13,6	2,7	4,5	5,8	39,8
Baden-Württemberg	50,9	26,1	9,8	3,3	4,9	5,0	40,6

^{*)} Endgültige Ergebnisse.

Anmerkung: Bei den Stadt- und Landkreisen mit hohem Anteil eines Sozialstrukturmerkmals handelt es sich um die 7 Stadt- und Landkreise, in denen dieses Merkmal die höchsten Werte hat. Bei den Stadt- und Landkreisen mit niedrigem Anteil eines Sozialstrukturmerkmals handelt es sich um die 7 Stadt- und Landkreise, in denen dieses Merkmal die niedrigsten Werte aufweist.

Wahlergebnisse der Parteien in Kreisen unterschiedlicher Sozialstruktur

Die Wahlforschung beobachtet bei allen Wahlen das Phänomen, daß in Gebieten, die eine ähnliche Sozialstruktur aufweisen, auch in der Tendenz ähnliche Wahlergebnisse beobachtet werden können. Durch die Gegenüberstellung von Wahlergebnissen mit demographischen, wirtschaftlichen und Sozialstrukturdaten werden somit Hintergrundinformationen für die Darstellung von Wahlergebnissen bereitgestellt.

Als besonders interessant im Zusammenhang mit Wahlergebnissen gelten die Merkmale Urbanisierungsgrad, Wirtschaftsstruktur, Konfessionszugehörigkeit, Kaufkraft sowie das Merkmal sozialer Status, das in der vorliegenden Analyse über die beruflichen Bildungsabschlüsse operationalisiert wurde. Zu beachten ist allerdings, daß die Gegenüberstellung von Wahlergebnissen mit Sozial- und Wirtschaftsdaten lediglich deskriptiven Charakter hat. Ein Rückschluß auf die individuelle Wahlentscheidung von Einzelpersonen kann hieraus nicht gezogen werden.

CDU in ländlichen Gebieten am erfolgreichsten

Ebenso wie bei der Bundestagswahl 1998 und der Landtagswahl 1996 zeigte sich auch bei der Europawahl 1999, daß die CDU in eher ländlich geprägten Kreisen mit niedriger Siedlungsdichte ihre besten Wahlergebnisse erzielt. So kamen die Christdemokraten in Kreisen mit geringer Bevölkerungsdichte auf nahezu 59 % und in Kreisen mit hoher Bevölkerungsdichte, den größeren Städten Baden-Württembergs, auf lediglich rund 43 % der gültigen Wählerstimmen (Tabelle 4).

Auch der Zusammenhang zwischen überdurchschnittlich hohem Katholikenanteil und Wahlerfolgen der CDU bestätigte sich erneut. So entfielen in Kreisen mit überdurchschnittlich vielen Katholiken in der Bevölkerung mehr als 58 % der abgegebenen gültigen Stimmen auf die CDU. In Kreisen mit hohem Protestantenanteil erzielte die Union ein leicht unterdurchschnittliches Wahlergebnis. Sehr erfolgreich waren die Christdemokraten bei der Europawahl 1999 auch in Kreisen, in denen viele Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe beschäftigt sind. In Gebieten mit einem hohen Anteil Beschäftigter im Dienstleistungsgewerbe bzw. solchen mit hohem Akademikeranteil lagen die Wahlergebnisse für die CDU dagegen deutlich unter ihrem Landeswert.

Hochburgen der GRÜNEN konzentrieren sich auf Hochschulstandorte

Die Betrachtung der Wahlergebnisse der GRÜNEN in sozialstrukturellen Gebietstypen zeigt Zusammenhänge, die denen der CDU diametral entgegengesetzt sind: So schnitten die GRÜNEN – ebenso wie bei der Landtagswahl 1996 und der Bundestagswahl 1998 – auch bei der Europawahl 1999 in den eher städtisch geprägten Gebieten bei weitem besser ab als in ländlichen Kreisen. In Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte erzielten die GRÜNEN auch bei der jüngsten Europawahl mit 14,1 % ein deutlich besseres Ergebnis als in Gebieten geringerer Bevölkerungsdichte (6,7 %).

In Kreisen mit einem hohen Anteil im Dienstleistungsbereich Beschäftigter, bei denen es sich zum Teil um städtische Gebiete handelt, erreichten die GRÜNEN – im Gegensatz zu den Christ-

demokraten – mit 16,4 % ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis, während sie in Gebieten mit hohem Anteil an Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe mit 7 % unterdurchschnittlich abschnitten. Ferner lagen die Ergebnisse der GRÜNEN in Stadt- und Landkreisen mit einer hohen Arbeitslosenquote (13,4 %) deutlich über den Werten der Kreise, die eine vergleichsweise niedrigere Arbeitslosenquote aufwiesen (9,4 %).

Die Hochburgen der GRÜNEN konzentrieren sich – wie bereits erwähnt – auf die Kreise, in denen die Universitätsstandorte Baden-Württembergs liegen. Insofern war es nicht weiter überraschend, daß sie vor allem in den Stadt- und Landkreisen, in denen überdurchschnittlich viele Akademiker wohnen, mit 15,9 % besonders erfolgreich waren. Dagegen schnitten sie dort unterdurchschnittlich ab, wo der Akademikeranteil an der Bevölkerung niedrig ist.

SPD schneidet in urbanen Gebieten Baden-Württembergs am besten ab

Ebenso wie die GRÜNEN erzielten auch die Sozialdemokraten bei dieser Europawahl ihre besten Ergebnisse wieder in den eher urban geprägten Gebieten Baden-Württembergs. Während sie in Kreisen mit hoher Bevölkerungsdichte auf 28,7 % der Stimmen kam, entschieden sich in den eher ländlich geprägten Gebieten mit niedriger Bevölkerungsdichte nur 22,3 % der Wähler für die Sozialdemokraten.

Auch der Zusammenhang zwischen den Wahlergebnissen für die SPD und dem Religionsbekenntnis ließ sich bei dieser Europawahl erneut beobachten: Auch diesmal wieder schnitten die Sozialdemokraten in den Stadt- und Landkreisen mit hohem Katholikenanteil, der klassischen Domäne der Christdemokraten, mit einem Stimmenanteil von 22,2 % deutlich unterdurchschnittlich ab. In den Kreisen mit hohem Protestantenanteil erzielten sie dagegen mit 26,4 % der gültigen Stimmen zwar ein merklich besseres Ergebnis, allerdings lagen sie damit nur knapp über ihrem Landesdurchschnitt. Dagegen übertraf die SPD ihr Landesergebnis in den Stadt- und Landkreisen mit besonders hoher Arbeitslosenquote (29,0 %) deutlich, während sie es umgekehrt in den Kreisen mit niedriger Arbeitslosenquote (23,0 %) klar verfehlte.

Der traditionelle Zusammenhang zwischen Arbeitermilieu und hohen Stimmenanteilen der SPD ist – wie bereits bei der vorhergehenden Europawahl – dagegen nicht zu erkennen: In den Stadt- und Landkreisen mit hohem Beschäftigtenanteil im Produzierenden Gewerbe und damit hohem Arbeiteranteil schnitten die Sozialdemokraten mit 25,6 % der Stimmen schlechter ab als in den Kreisen mit einem hohen Dienstleistungsanteil (26,8 %).

Sowohl die F.D.P. als auch die REPUBLIKANER waren in Gebieten mit überdurchschnittlich hohem Protestantenanteil und mit hoher Kaufkraft besonders erfolgreich. Die Liberalen konnten außerdem noch in städtisch geprägten Gebieten und damit auch in Gebieten mit hohem Akademikeranteil und mit einem hohen Anteil an Beschäftigten im Dienstleistungsbereich vergleichsweise viele Wähler für sich gewinnen.

Baden-Württemberg und die anderen Länder

Abschließend werden die Ergebnisse der Europawahl 1999 in Baden-Württemberg mit denen in den anderen Ländern verglichen. Auffallend ist, daß die Trends und Entwicklungen, die im

Bundesgebiet und in Baden-Württemberg zu beobachten waren, sich nahezu ausnahmslos in allen Bundesländern wiederholten: So ist die Wahlbeteiligung in allen Ländern deutlich gesunken, die CDU hat durchgängig Stimmenanteile hinzugewinnen können, während die anderen etablierten Parteien fast überall an Rückhalt verloren haben (*Tabelle 5*).

Am stärksten war der Rückgang der Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg (– 25,8 Prozentpunkte). Auch in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen lag der Rückgang der Beteiligungsquoten noch deutlich über dem Bundesdurchschnitt von – 14,8 Prozentpunkten. Noch vergleichsweise moderat war der Wählerschwund in Niedersachsen und Bremen mit jeweils rund 9 Prozentpunkten. Als Folge dieser Entwicklungen waren in allen Ländern Minusrekorde bei der Wahlbeteiligung zu beobachten. Da in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Rheinland-Pfalz und im Saarland – ebenso wie bei der letzten Europawahl 1994 – gleichzeitig mit der Wahl zum Europäischen Parlament noch Kommunalwahlen durchgeführt wurden, war der Wahleifer in diesen Ländern noch vergleichsweise hoch. Spitzenreiter in Sachen Wahlbeteiligung war Rheinland-Pfalz (63,8 %), gefolgt vom Saarland (60,5 %) und Thüringen (58,1 %). Die mit großem Abstand niedrigste Beteiligungsquote war – wie bereits bei der Europawahl 1994 – in Brandenburg zu beobachten, wo noch nicht einmal ein Drittel (30,0 %) der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger zur Wahl gegangen ist. Mit einer Beteiligungsquote von 40,6 % nimmt Baden-Württemberg – was die Wahlbeteiligung betrifft – nur den 12. Platz ein. Insgesamt war die Zahl der Nichtwähler in elf Ländern größer als die der Wähler aller Parteien zusammen.

Eindeutige Gewinnerin der Europawahl 1999 war in allen Ländern die CDU/CSU. Gegenüber der Europawahl 1994 konnten die Schwesterparteien durchgängig Stimmengewinne erzielen. Am stärksten zugelegt haben die Unionsparteien in Bayern – hier erzielte die CSU ein Plus von 15,1 Prozentpunkten –, in Mecklenburg-Vorpommern (+ 11,8 Prozentpunkte) sowie in Hessen und Nordrhein-Westfalen (jeweils + 10,3 Prozentpunkte). Am wenigsten konnte die CDU in Brandenburg hinzugewinnen. Sie erhielt gegenüber der letzten Europawahl „nur“ 5,7 Prozentpunkte mehr. In Baden-Württemberg waren die Gewinne der CDU mit einem Plus von 8,9 Prozentpunkten zwar stattlich, aber verglichen mit dem bundesweiten Zuwachs von 9,9 Prozentpunkten bereits unterdurchschnittlich. Das für die Unionsparteien beste Landesergebnis erzielte die CSU in Bayern, wo nahezu zwei Drittel der Wähler (64,0 %) ihre Stimme der CSU gaben. Die CDU war mit 50,9 % in Baden-Württemberg am erfolgreichsten, gefolgt von Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz. Am schlechtesten hat die Union in Brandenburg abgeschnitten: Hier votierten nur rund 29 % der Wähler für die CDU.

Während die CDU/CSU bei der jüngsten Europawahl in allen Ländern Erfolge feiern konnte, mußte die Konkurrentin SPD fast überall Federn lassen. Bei der Europawahl 1999 haben die Sozialdemokraten in allen Ländern – außer in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen – schlechter abgeschnitten als bei der Europawahl 1994. Besonders hoch waren ihre Verluste in Brandenburg (– 5,4 Prozentpunkte) und in Rheinland-Pfalz (– 3,0 Prozentpunkte). In Baden-Württemberg waren die Verluste der SPD mit einem Minus von 0,5 Prozentpunkten gering. Am besten abgeschnitten hat die SPD bei der Europawahl 1999 in Bremen und im Saarland mit jeweils mehr als 40 % der gültigen Stimmen. Sachsen (19,6 %) und Mecklenburg-Vorpommern (20,3 %) sind nicht nur die beiden Länder, in denen die Sozialdemokraten den geringsten Rückhalt in der Wählerschaft fanden, hinzu kommt,

Tabelle 5

Ergebnisse der Europawahlen 1999 und 1994 im Bundesgebiet und in den Ländern*)

Land	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	Gültige Stimmen	Davon						
				CDU ¹⁾	SPD	GRÜNE	REP	F.D.P.	PDS	Sonstige
				%						

Wahl zum Europäischen Parlament am 13. Juni 1999

Schleswig-Holstein	2 137,4	38,7	820,0	50,5	35,3	6,1	0,6	3,1	1,4	2,8
Hamburg	1 208,7	37,0	443,3	40,2	37,2	12,0	1,0	3,3	3,3	3,0
Niedersachsen	5 960,8	44,2	2 613,4	47,2	39,5	6,1	1,0	2,7	1,2	2,3
Bremen	491,9	43,8	214,1	34,8	43,7	12,2	0,8	2,9	2,6	3,0
Nordrhein-Westfalen	13 076,0	43,8	5 685,6	47,3	37,3	7,1	0,9	3,5	1,3	2,5
Hessen	4 298,1	42,1	1 787,2	47,3	34,5	8,0	2,0	3,9	1,6	2,8
Rheinland-Pfalz	3 015,7	63,8	1 876,0	50,0	35,2	5,2	2,1	3,7	0,8	3,2
Baden-Württemberg	7 266,4	40,6	2 923,6	50,9	26,1	9,8	3,3	4,9	1,1	3,9
Bayern	8902,0	44,8	3 968,6	64,0	21,6	6,1	1,9	1,9	0,7	3,8
Saarland	825,0	60,5	482,3	44,9	41,3	5,0	1,7	2,1	1,0	4,0
Berlin	2 431,8	39,9	960,2	35,0	26,7	12,5	1,9	2,4	16,7	4,8
Mecklenburg-Vorpommern	1 409,5	50,8	681,7	45,4	20,3	2,5	1,2	1,3	24,3	5,0
Brandenburg	2 052,0	30,0	605,8	29,1	31,5	3,3	1,6	2,3	25,8	6,3
Sachsen-Anhalt	2 145,0	49,5	1 023,0	39,7	26,7	2,1	1,3	2,9	20,9	6,5
Thüringen	1 967,8	58,1	1 114,6	42,4	25,6	2,3	1,9	2,1	20,6	5,1
Sachsen	3 598,9	53,6	1 860,0	45,9	19,6	2,7	2,5	2,3	21,0	6,0
Bundesgebiet	60 786,9	45,2	27059,3	48,7	30,7	6,4	1,7	3,0	5,8	3,7

Veränderung gegenüber der Wahl zum Europäischen Parlament am 12. Juni 1994²⁾

Schleswig-Holstein	+ 26,9	- 12,6	- 251,2	+ 9,9	- 0,2	- 5,8	- 1,5	- 0,7	+ 0,7	- 2,6
Hamburg	- 36,3	- 14,7	- 193,8	+ 8,1	+ 2,6	- 6,4	- 2,1	- 0,4	+ 1,9	- 3,7
Niedersachsen	+ 79,6	- 8,5	- 450,2	+ 7,5	- 0,1	- 3,7	- 1,4	- 1,2	+ 0,5	- 1,6
Bremen	- 19,6	- 8,9	- 52,4	+ 6,8	+ 3,0	- 3,8	- 2,2	- 1,7	+ 0,5	- 2,6
Nordrhein-Westfalen	- 29,2	- 15,7	- 2 029,7	+ 10,3	- 2,8	- 4,1	- 1,8	- 0,8	+ 0,7	- 1,6
Hessen	- 2,8	- 14,3	- 597,5	+ 10,3	- 0,4	- 4,2	- 2,6	- 0,8	+ 0,8	- 3,0
Rheinland-Pfalz	+ 34,8	- 10,5	- 268,8	+ 9,3	- 3,0	- 3,5	- 1,6	- 0,3	+ 0,4	- 1,1
Baden-Württemberg	+ 68,9	- 25,8	- 1 634,1	+ 8,9	- 0,5	- 3,4	- 2,6	- 0,3	+ 0,6	- 2,8
Bayern	+ 143,4	- 11,6	- 927,2	+ 15,1	- 2,1	- 2,6	- 4,7	- 1,4	+ 0,3	- 4,5
Saarland	- 13,9	- 13,6	- 114,2	+ 9,3	- 2,1	- 3,2	- 2,6	- 1,6	+ 0,6	- 0,3
Berlin	- 81,3	- 13,6	- 365,0	+ 6,6	- 1,4	- 1,8	- 1,4	- 0,8	+ 0,8	- 2,0
Mecklenburg-Vorpommern	+ 28,9	- 15,0	- 162,7	+ 11,8	- 2,2	- 2,3	- 1,4	- 1,0	- 3,0	- 1,9
Brandenburg	+ 119,1	- 11,5	- 180,7	+ 5,7	- 5,4	- 1,3	- 0,7	- 0,4	+ 3,2	- 1,1
Sachsen-Anhalt	- 17,8	- 16,6	- 349,3	+ 9,6	- 1,2	- 3,6	- 1,5	- 1,8	+ 2,0	- 3,4
Thüringen	+ 8,4	- 13,8	- 246,0	+ 6,6	- 0,4	- 3,7	- 1,0	- 2,2	+ 3,7	- 3,0
Sachsen	+ 4,0	- 16,6	- 529,3	+ 6,7	- 1,4	- 2,9	- 1,0	- 1,5	+ 4,4	- 4,2
Bundesgebiet	+ 313,0	- 14,8	- 8 352,1	+ 9,9	- 1,5	- 3,7	- 2,2	- 1,1	+ 1,1	- 2,6

*) Endgültige Ergebnisse. – 1) In Bayern CSU. – 2) Angaben in 1 000 bzw. in Prozentpunkten.

daß in diesen beiden Ländern die SPD nicht mehr die Position der zweiten politischen Kraft nach der CDU einnimmt, sondern auf Platz 3 hinter die PDS zurückgefallen ist. Baden-Württemberg, wo nur 26,1 % der Wähler ihre Stimme der SPD gaben, gehört in die Gruppe der fünf Länder mit dem schlechtesten SPD-Landesergebnis bei der jüngsten Europawahl.

Ebenso wie die SPD standen auch die GRÜNEN bei der Europawahl 1999 auf der Verliererseite. Der Vergleich mit den Ergebnissen der Europawahl 1994 zeigt für alle Länder eine Abnahme der Stimmenanteile der GRÜNEN, wobei die höchsten Verluste in Hamburg (- 6,4 Prozentpunkte) und die niedrigsten in Bran-

denburg (- 1,3 Prozentpunkte) zu beobachten waren. In Baden-Württemberg lag der Stimmenrückgang der GRÜNEN bei - 3,4 Prozentpunkten. Ihre besten Ergebnisse erreichten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg mit jeweils ca. 12 %. In den neuen Ländern blieben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - ebenso wie die Liberalen - durchgängig unter 5 %. Am schlechtesten haben die GRÜNEN in Sachsen-Anhalt abgeschnitten, wo sie lediglich etwas mehr als 2 % der gültigen Stimmen erhielten.

Die Liberalen blieben bei der Europawahl 1999 in allen Ländern unter der 5%-Marke. Vor fünf Jahren hatten sie immerhin noch

in einem einzigen Land, nämlich in Baden-Württemberg, die Sperrklausel überwunden. Aber selbst in ihrem „Stammland“, in dem die Liberalen noch ihr vergleichsweise bestes Ergebnis erzielten, scheiterten sie mit 4,9 % knapp an der 5%-Hürde. Damit wird die F.D.P. nicht in das neue Europaparlament einziehen. Am wenigsten haben die Wähler in Mecklenburg-Vorpommern die Liberalen unterstützt. Lediglich 1,3 % der dortigen Wähler haben bei der jüngsten Europawahl die F.D.P. gewählt. Verglichen mit dem Ergebnis der letzten Europawahl 1994 hat die F.D.P. durchgängig in allen Ländern Wähler verloren. In Baden-Württemberg waren die Verluste der Liberalen mit einem Minus von 0,3 Prozentpunkten noch vergleichsweise gering. Die höchsten Verluste mußte die F.D.P. in Thüringen mit einem Minus von 2,2 Prozentpunkten verbuchen.

Auch den REPUBLIKANERN hat die Europawahl 1999 eine weitere Verschlechterung ihrer Position gebracht. Gegenüber der Europawahl 1994 hat sich der Stimmenanteil der REPUBLIKANER in allen Ländern reduziert. Ihr Stimmenanteil blieb durchgängig – auch in Bayern und Baden-Württemberg, wo sie bei der letzten Europawahl 1994 die 5%-Hürde noch überwunden hatten – unter dieser 5%-Marke. Damit werden die REPUBLIKANER auch in den nächsten fünf Jahren nicht im Europaparlament vertreten sein. Ihr bestes Wahlergebnis erzielten sie in Baden-Württemberg (3,3 %), gefolgt von Sachsen (2,5 %), Rheinland-Pfalz (2,1 %) und Hessen (2,0 %). In allen anderen Ländern blieben sie unter 2 % der gültigen Stimmen. Mit jeweils weniger als 1 % am schlechtesten schnitten sie in Nordrhein-Westfalen, Bremen und Schleswig-Holstein ab.

Die PDS erwies sich bei der Europawahl 1999 einmal mehr als Partei mit besonderer Stärke in den neuen Ländern. Mit Ausnahme von Hamburg (3,3 %) und Bremen (2,6 %) blieb die PDS in allen westlichen Ländern und so auch in Baden-Württemberg unter 2 % der gültigen Stimmen. Die Hoffnung der PDS, bei der Europawahl 1999 auch in einem Land des früheren Bundesgebietes ein Wahlergebnis jenseits der 5%-Marke einfahren zu können, hat sich damit nicht erfüllt. In den neuen Ländern hingegen ist die Nachfolgepartei der SED auch bei diesem Urnengang wieder die drittstärkste – in Mecklenburg-Vorpommern und

Sachsen sogar zweitstärkste – politische Kraft. Ihre Stimmenanteile lagen zwischen 16,7 % in Berlin und 25,8 % in Brandenburg. Gegenüber der Europawahl 1994 hat die PDS in allen Ländern außer in Mecklenburg-Vorpommern Stimmenzuwächse zu verbuchen. Diese lagen in den alten Ländern zwischen 0,3 Prozentpunkten (in Bayern) und 1,9 Prozentpunkten (in Hamburg). In den neuen Ländern und in Berlin hingegen hatte die PDS Gewinne zwischen 0,8 Prozentpunkten (in Berlin) und 4,4 Prozentpunkten (in Sachsen) vorzuweisen. In Baden-Württemberg konnte die SED-Nachfolgepartei 0,6 Prozentpunkte hinzugewinnen.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß Baden-Württemberg im Ländervergleich – ebenso wie bei allen bisherigen Europawahlen – hinsichtlich des Abschneidens der Union, der GRÜNEN, der Liberalen und der REPUBLIKANER vordere Plätze einnimmt, während die Unterstützung der Wähler für die SPD und die PDS vergleichsweise schwach ausgeprägt war. Hinsichtlich der Wahlbeteiligung nimmt Baden-Württemberg einen unteren Platz ein. Allerdings wurde die Rangliste der Wahlbeteiligung offensichtlich beeinflusst durch die gleichzeitig abgehaltenen Kommunalwahlen in einigen Ländern. Auffällig ist, wie unterschiedlich der Rückhalt der Parteien in den alten und den neuen Ländern ist. Sowohl die SPD als auch die GRÜNEN und die F.D.P. haben in den neuen Ländern deutlich schlechter abgeschnitten als in den Ländern des früheren Bundesgebiets. Die Rolle der dritten oder gar zweiten politischen Kraft spielt in den neuen Ländern die PDS, die in den Ländern des früheren Bundesgebiets politisch nur ein Schattendasein fristet.

Als Warnsignal muß der dramatische Rückgang der Wahlbeteiligung eingestuft werden. Offensichtlich ist das Interesse der Bürger an den Wahlen zum Europaparlament trotz der Ereignisse der letzten Monate – zu nennen seien hier beispielsweise die Einführung des EURO und die Rolle des Europaparlaments beim Rücktritt der EU-Kommission – stark gesunken. Dennoch ist die geringe Beteiligung der Bürger an der jüngsten Europawahl nicht allein auf europapolitisches Desinteresse zurückzuführen, sondern dürfte gleichzeitig auch innenpolitische Ursachen haben.

Monika Hin

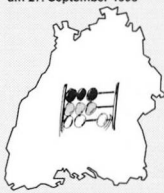


STATISTISCHES LANDESAMT
BADEN-WÜRTTEMBERG

Statistik von Baden-Württemberg

Band
530
Heft 2

Wahl zum
14. Deutschen Bundestag
am 27. September 1998



Gemeindestatistik 1998

Wahl zum 14. Deutschen Bundestag am 27. September 1998

- ▶ Endgültige Wahlergebnisse
- ▶ Wahlbeteiligung
- ▶ Erststimmenanteile
- ▶ Zweitstimmenanteile
- ▶ Sitzverteilung

mit ausführlichen textlichen Analysen, Tabellen und Schaubildern
auf Gemeindeebene

428 Seiten, 4 Farbkarten – 39,20 DM (zuzüglich Versandkosten)
ISSN 0408 - 1714, Artikel-Nr. 2881 98001

Ihre Bestellung richten Sie bitte an:

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Böblinger Str. 68, 70199 Stuttgart – Telefon (0711) 641-2866,
Telefax (0711) 641-2130 – Internet: <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de> • E-Mail: vertrieb@stala.bwl.de